

P R E S S E M I T T E I L U N G

Klage gegen Deutsche Bank wegen LIBOR-/EURIBOR-Manipulation

Feststellungsklage vor dem Landesgericht Wien auf Basis der Rekordstrafe von € 725,36 Millionen für die EURIBOR-/LIBOR-Manipulation

Im November 2013 hat die Europäische Kommission einer Reihe von Großbanken für die Manipulation von LIBOR („London Interbank Offered Rate“) und EURIBOR („Euro Interbank Offered Rate“) hohe Geldstrafen auferlegt. Da diese beiden Referenzzinssätze die Grundlage der meisten Kreditverträge sind, wurden damit zigmillionen Kreditnehmer geschädigt. Niemand hat sich bisher für eine Entschädigung der Kreditnehmer eingesetzt. Aber nicht nur die Kreditnehmer wurden durch diese kriminellen Manipulationen geschädigt, sondern auch alle Steuerzahler als Bürgen und Zahler für Kommunal- und Staatsschulden.

Aufgrund dieser traurigen Tatsache hat der KOV Kreditopferverein die Notwendigkeit gesehen, aktiv zu werden und die aktuelle Sammelklage (juristisch korrekt: Streitgenossenschaft) zu initiieren. Die bisherigen Erfahrungen mit Einzelfällen haben gelehrt, dass Einzelne vor Gericht nur schwer ernst genommen werden – so war klar, dass man gegen systemische Probleme am besten konzertiert vorgehen sollte.

Wer die Bestrebungen des Vereins aufmerksam beobachtet hat, weiß, dass ursprünglich eine möglichst große Anzahl von Klägern angestrebt war. Diese Bestrebung wurde jedoch aufgegeben, weil erkannt wurde, dass den meisten Kreditnehmern das Bewusstsein fehlt, dass tatsächlich sie die Betroffenen sind. Oder um es anders zu sagen: es hat den Anschein, dass die meisten Menschen nicht wissen, was in ihren Kreditverträgen steht.

Die Organisation der Sammelklage hat den Verein um einige Erkenntnisse bereichert. Eine der wichtigsten Erkenntnisse war, dass zwar viele Menschen eine Veränderung wünschen, aber dabei an ihrer Angst oder ihrer Trägheit scheitern. So wurde dann im Herbst 2014 beschlossen, die Klage möglichst bald einzubringen, da sich die äußerst bedenklichen Entwicklungen in Sachen Geld- und Finanzsystem immer mehr zuspitzen. Die jüngsten Ereignisse um den Schweizer Franken zeigen dies nur allzu deutlich. 2015 wird wohl in viererlei Hinsicht ein Jahr der Entscheidung sein, in jedem Fall aber in Hinsicht auf den bereits lange (doch bis jetzt meist unbemerkt) stattfindenden Währungskrieg.

Gegenstand der beim Landesgericht Wien eingebrachten aktuellen Klage ist das Begehren auf Feststellung der Haftung der Deutschen Bank für sämtliche Schäden, Folgen und Nachteile aus ihrer Mitwirkung an der Manipulation des Referenzzinssatzes EURIBOR zu Lasten der klagenden Kreditnehmer.

Die klagenden Kreditnehmer haben mit österreichischen Geschäftsbanken Kreditverträge abgeschlossen, deren Zinssatz an den EURIBOR gebunden ist. Die Ansprüche der klagenden Kreditnehmer sind somit gleichartig, daher treten sie als formelle Streitgenossen im Sinne der Zivilprozessordnung auf.

Die Deutsche Bank war zumindestens zwischen September 2005 und Mai 2008 an einem rechtswidrigen Kartell zur Beeinflussung des EURIBOR-Referenzzinssatzes beteiligt. Die Europäische Kommission hat gegen die nun beklagte Deutsche Bank Anfang Dezember 2013 gegenstandsbezogen eine Rekordstrafe in der Höhe von EUR 725,36 Millionen verhängt. Durch das wettbewerbswidrige Verhalten der Deutschen Bank mussten die klagenden Kreditnehmer letztlich mehr an Zinsen bezahlen, als wenn die Manipulation des Referenzzinssatzes nicht stattgefunden hätte. Das rechtswidrige und schuldhafte Verhalten der Deutschen Bank hat bei den klagenden Kreditnehmern durch einen höheren Zinsaufwand Schäden in deren Vermögen verursacht, diese Schäden wirken sogar noch in die Zukunft fort.

Die europarechtlichen Bestimmungen erklären ausdrücklich, dass alle Personen und Unternehmen, die von wettbewerbswidrigem Verhalten betroffen sind, vor den Gerichten der Mitgliedsstaaten auf Schadenersatz klagen können. Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes sind Kommissionsbeschlüsse ein verbindlicher Beleg dafür, dass das Verhalten stattgefunden hat und rechtswidrig war.

In letzter Konsequenz wird auch geklärt werden müssen, ob Verträge, deren Grundlage zum Teil auf Manipulation beruhen, überhaupt rechtsgültig sein können.

Die aktuelle Klage ist für den Verein nur ein (erster) Schritt, um die Ungerechtigkeiten der bestehenden Geldordnung sichtbar zu machen und gegen diese vorzugehen. Die Manipulation von EURIBOR und LIBOR sind nur die Spitze eines Eisberges – und wie bei einem Eisberg liegen die Wurzeln der Probleme für die Wahrnehmung der meisten Menschen im Verborgenen: Diese sogenannte Finanzkrise wird solange andauern, wie Menschen nicht begreifen, was Banken tatsächlich leisten. Fakt ist: Um das Bankgeschäft gibt es viele Mythen, aber nur erschreckend wenig Wissen.

So unterstützten Vertreter des KOV regelmäßig Klienten bei der Kommunikation (dem Schriftverkehr) mit der Bank. Dabei wurde immer wieder festgestellt, wie bemerkenswert ahnungslos Bankmitarbeiter sind. Nach wie vor glauben so gut wie alle Bankmitarbeiter, ihre Institute würden das Geld der Sparer verleihen. Zwar ist jedermann bekannt, dass Geld nicht auf der Wiese wächst, aber die Frage, woher denn nun das Geld der Sparer kommt, scheint sich auch unter den Bankmitarbeitern niemand zu stellen. Die Tatsache um die Giralgeldschöpfung, also die Tatsache dass Geschäftsbanken einfach Beträge auf („Kredit“-) Konten buchen, ohne über eine adequate reale Vermögensgrundlage dafür zu verfügen, scheint völlig unbekannt zu sein.

Wie bereits ausgedrückt: Solange die tatsächlichen Sachverhalte um das Bankgeschäft der Mehrheit der Menschen unbekannt sind, werden weiterhin Kreditnehmer bei Zahlungsschwierigkeiten durch Zwangsversteigerungen von privaten Geschäftsbanken enteignet werden, obwohl diese niemals die Vermögensgrundlage für den Kreditbetrag hatten. Weiterhin werden immer wieder private Geschäftsbanken von Steuerzahlern gerettet werden müssen – weil dies aufgrund der derzeitigen Beschaffenheit des Bankwesens gar nicht anders möglich ist.

Es wird immer deutlicher sichtbar: In der aktuellen Geldordnung verlieren letztendlich alle Menschen. Immer mehr ganzheitliche Denker erkennen, wie tiefgehend die soziale Konvention „Geld“ unser aller Handeln bestimmt. Die derzeitige Geldordnung

- bewirkt in der Wirtschaft Zyklen von Boom und Bankrott
- erzeugt ein kurzsichtiges Denken
- erfordert ein Wachstum ohne Ende
- führt zu einer Überbeanspruchung der natürlichen Ressourcen
- konzentriert den Reichtum und
- vernichtet Sozialkapital.

All das müsste aber gar nicht sein. Sicher ist: Wenn wir die globalen Probleme unserer Zeit überwinden wollen, werden wir – als Menschheit – Geld neu zu denken und neu zu praktizieren haben: „Probleme kann man niemals auf derselben Ebene lösen, auf der sie entstanden sind.“ (Albert Einstein)



Kontakt:

Vereinsvorsitzende Isabella Heydarfadai

✉ isabella@kreditopferhilfe.net

☎ +43 699 17230715